



# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

8 / 2009

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

### Im Rosengarten, das Kampfspiel zu erwarten ...



**In vier Jahren feiert der Rosengarten sein 100-jähriges Jubiläum. Ein Termin, auf den die Stadt sich langsam vorbereiten muss. Neben den üblichen Feierlichkeiten**

**rund um die Rosengartenfesttage sind weitere Fragen zu beantworten. Wie soll sich das Gelände entwickeln und wie kann finanzielle Zukunftssicherheit geschaffen werden?**

Zurzeit hat die Anlage einen jährlichen Zuschussbedarf von mehr als 300.000 €. Die Haushaltslage unserer Stadt ist allgemein bekannt und wird sich in der Zukunft auch nicht dramatisch verbessern. Bundes- und Landeszuschüsse werden eher geringer ausfallen, und ein Anstieg von Steuereinnahmen ist auch nicht zu erwarten.

Für den Rosengarten bedeutet dies, dass allein der Blick in die Vergangenheit das Problem nicht lösen wird. Traditionelles zu erhalten ist nur eine Seite der Medaille, auf der anderen steht die Aufgabe, die Einnahmesituation und die Attraktivität des Rosengartens zu verbessern. Was also muss getan werden?

Die Reisigwehrrinsel soll wieder in die Parkanlage eingegliedert werden. Wie das geschehen kann, wird zurzeit diskutiert. Ich sehe in diesem und für dieses Gelände eine Möglichkeit, Kultur und Geschichte zum Vorteil des Rosengartens und der Stadt darzustellen und zu verbinden. Viel älter als die Parkanlage ist der historische Bezug der Region zum Grafen Brühl, dem einstigen Minister am Hofe des sächsischen Königs August des III. Dieser Graf Brühl ist in Forst und Umgebung noch heute historisch präsent. Die Schlossruine in Brody und sein Grab in der Forster Stadtkirche kennen zwar die meisten Forster, aber außerhalb unserer Stadt wissen nur wenige etwas über die Rolle des sächsischen Ministers in unserer Region. Mit seiner Person verbinden sich historische

Bezüge nach Sachsen, Preußen und Polen. Schließlich war sein »Chef« August der III. auch König von Polen, und Brühl galt als Intimfeind des preußischen Königs Friedrich der Große. Warum sollten wir nicht versuchen, in Forst diese Geschichte wieder zusammenzuführen.

Auf dem Gelände der Reisigwehrrinsel könnte eine Freilichtbühne entstehen, die sich unter dem Motto des DEFA-Films »Sachsens Glanz und Preußens Gloria« dieser Zeit widmet, und, da auch die polnische Geschichte dabei eine wesentliche Rolle spielt, kann hier ein wirklich grenzübergreifendes Projekt entstehen. In Zukunft könnten die Besucher dann in der Region Brody – Forst gemeinsam Geschichte und kulturelle Unterhaltung erleben.

Die Reisigwehrrinsel müsste dazu grundlegend neu gestaltet werden. Die Einbin-

dung der Neiße mit beiden Ufern kann eine Verbindung schaffen, von der materiell und kulturell Polen und Deutsche profitieren. Neben der baulichen Umsetzung bedarf es natürlich vor allem einer künstlerischen Gestaltung. Ob Volkstheater oder professionelle Theaterkunst, vieles ist vorstellbar. Aber die Zeit für ein solches Projekt ist jetzt schon knapp, und am Anfang muss natürlich auch Geld in die Hand genommen werden. Ich habe diese Idee einigen Leuten vorgetragen und bisher waren die Reaktionen grundsätzlich positiv. Die Idee kann aber nur Wirklichkeit werden, wenn sie von vielen getragen wird. Also diskutieren Sie mit. Sagen Sie uns, was Sie davon halten und ob Sie dabei sein wollen. Hundert Jahre Rosengarten gibt es nur einmal!

**Ingo Paeschke,**  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
der SVV Forst

### Unsere Direktkandidatin für den Landtag Kerstin Nedoma

#### Soziale Politik ist eine gerechte Politik

Original sozial war die Losung, mit der uns die Bürgerinnen und Bürger im Herbst 2008 in die Rathäuser wählten. Zum damaligen Zeitpunkt wurden unsere Forderungen nach Mindestlohn, nach kostenlosem Schulessen, beteiligungsfreier Schülerbeförderung und einem gebührenfreien Kita-Vorschuljahr von den anderen Parteien und den Medien als unbezahlbar verlacht.



**Am Wochenende 1./2. August fand in Forst die Rassekaninchenjungtierschau statt. Hier Kerstin Nedoma im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rassekaninchenzuchtvereins D 97, Herrn Krenz. Im Anschluss überreichte Kerstin Nedoma den von der LINKEN gesponserten Ehrenpreis.**

## Schorschels Stadtgeflüster

Hällöchen, ihr wettergestressten Malxe-Blatt-Leser, pünktlich zur Ferienzeit besuchte mich mein Neffe Chris, sein Zeugnis und die Freundin im Schlepptau. Mit Tränen in den Augen betrachtete ich das Zeugnis und gab ihm 20,00 Euro – nicht etwa für die guten Zensuren, sondern für den Mut, mir dieses Zeugnis zu zeigen. Chris fragte, warum die DDR nur 3 Jahre alt geworden sei, denn man spräche doch immer nur über 53 – 61 – 89!? Seine Freundin Tina meinte daraufhin: »Es war nicht alles gut – damals, und vielleicht dauert es zu lange, all das Gute aufzuzählen!«. Chris entgegnete nur, dass auch heute nicht alles schlecht sei und er sich auf das neue Schuljahr freue, vor allem auf den neuen Schulhof mit Kletterwand, Swimmingpool und Fußbodenheizung, das lässt fehlende Lehrmittel, unzureichende Schulbücher, zu große Klassen und die vielen Ausfallstunden glatt vergessen! Ja, ja, so ein Förderprogramm ist schon was wert! Ob allerdings der Inter-Euro-Fördertopf 08/15, in dem es günstig Wintersportgeräte gibt, angezapft und in den Keunischen Alpen eine 90-m-Schanze gebaut wird, ist noch nicht entschieden. In diesem Sinne wünsche ich allen eine schöne Sommerzeit und denkt daran, so mancher Laiendarsteller, der in Burg/Spreewald fürstliche Rollen spielt, bleibt auf der Bühne wie im Leben trotzdem ein mittelmäßiger Komparse.

Euer *Schorschel*

## ... Kerstin Nedoma

(Fortsetzung von Seite 1)

Berechtigten und vor allem gerechten sozialen Forderungen von uns LINKEN wurde angeblich fehlendes Geld gegenüber gestellt.

Doch heute wissen es alle, Geld ist genug da, wenn mit Steuergeld subventionierte Konzerne an ihre Aktionäre Millionen Euro Dividende auszahlen und Geld ist genug da, wenn gescheiterte Manager mit Millionenbezügen in den Ruhestand »entschädigt« werden.

Das ist maßlos, zutiefst unsozial und ungerecht.

Damit sind mehr denn je soziale Forderungen wie die Durchsetzung des Mindestlohnes, die flächendeckende Einführung eines gebührenfreien Kita-Vorschuljahres, der beteiligungsfreie Schülerverkehr und eine kostenlose Schulspeisung für alle Kinder an der Reihe.

Diese Positionen sind original und konsequent sozial!

### Brandenburg braucht eine Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß

Das ausschließliche Denken in globalen Dimensionen hat die Welt, Deutschland und damit auch Brandenburg in eine unermessliche Krise geführt. Weltweit wird Geldvermögen in Milliardenhöhe vernichtet, wofür jetzt der Steuerzahler aufkommen muss.

In Brandenburg wurden schon zuvor Milliarden Euro im Märkischen Sand versenkt. Der Lausitzring, Cargo-Lifter und Chip-Fabrik seien hier nur stellvertretend für die verfehlte Politik von SPD und CDU genannt.

Ich trete dafür ein, dass kleine und mittelständische Strukturen in den Regionen landespolitisch unterstützt werden. Dazu sind regionale Wirtschaftskreisläufe vom Erzeuger über den Vermarkter bis zum Verbraucher zu fördern. Damit bekämen die Betriebe und die Landwirte mehr Unabhängigkeit, wären nicht nur dem Wohlwollen der Branchenriesen ausgeliefert und tragen zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft bei.

### Kinder brauchen Bildung – Bildung ist eine Zukunftsinvestition

Wenn ein Land an finanziellen Mitteln für die Bildung spart, dann hat es den Glauben an eine bessere Zukunft verspielt.

Die Gegenwart verlangt nach Kompetenzen für lebenslanges Lernen. Sie sind das persönliche Grundkapital. Was ein Mensch weiß und über welche Fähigkeiten er verfügt, entscheidet darüber, welchen Platz er in der Gesellschaft einnehmen kann. Persönliches Wissen und persönliche Kompetenzen sind absolut krisensicher.

Deshalb trete ich dafür ein, dass als Voraussetzung von guter Bildung wohnortnahe Schulstandorte in den Städten und Gemeinden ihre soziale Berechtigung haben. Darüber hinaus erfordern die stark veränderten Lebensumstände der Kinder eine Reduzierung der Klassenstärken auf maximal 22 Schülerinnen und Schüler sowie eine bessere Ausstattung mit Lehrpersonal, welches den hohen Anforderungen individueller Förderung und Forderung gerecht werden kann.

## Kleine Nachlese zum Bundesparteitag!



**Am 20. und 21.06.09 fand in Berlin der Bundesparteitag statt.** Aufgabe dieses Parteitages war die Beschlussfassung eines Bundestagswahlprogramms für die Wahl

zum Bundestag am 27.09.2009.

Im Vorfeld dieses Parteitages wurde viel orakelt, wie sich denn die verschiedenen Erfahrungen der West- und Ost-LINKEN in einem Programm wiederfinden werden. Nun, es wurde eine interessante Diskussion, und die unterschiedlichen Erfahrungen wirkten inhaltlich bereichernd.

Nachfolgend ausgewählte Schwerpunkte aus dem mit großer Mehrheit beschlossenen Wahlprogramm:

- Einführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer: Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern
- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 %
- Versteuerung von Kapitalerträgen

wie Zinsen und Dividenden zum persönlichen Steuersatz statt wie zurzeit mit einer Pauschalsteuer von 25 %

- den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen, sodass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben
- die Rente mit 67 Jahren wieder abschaffen und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr schaffen
- öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt privatisieren; dort bereits erfolgte Privatisierungen zurücknehmen
- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen
- Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen: Zahlung von Tariflöhnen beziehungsweise eines gesetzlichen Mindestlohnes und dergleichen

- Arbeit menschlich und familienfreundlich gestalten
- Garantie einer flächendeckenden, gebührenfreien, qualitativ hochwertigen öffentlichen Kinderbetreuung
- Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr
- Durchsetzung des Rechts auf einen politischen Streik wie in anderen Ländern Europas

Das ausführliche Wahlprogramm kann im Internet unter [www.die-linke.de/wahlen/positionen/wahlprogramm](http://www.die-linke.de/wahlen/positionen/wahlprogramm) nachgelesen werden.

Anke Schwarzenberg,  
Delegierte zum Bundesparteitag

### Spruch des Monats

»Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.«

Mahatma Gandhi

## Rechte Schmierereien in Forst

**Der »Runde Tisch gegen Extremismus« in Forst verurteilt die rechtsradikalen Schmierereien im Stadtgebiet von Forst auf das schärfste.**

Diese antidemokratische, geschichtsvergeßende Aktion rechtsradikaler Wirtköpfe ist Sinnbild der Politik rechter Parteien. Diese Politik ist mit unserer demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Aktionen dieser Art zeigen auf, wie wichtig und richtig die Arbeit

des Runden Tisches gegen Extremismus mit dem Arbeitsschwerpunkt Rechts-Extremismus tatsächlich ist. Der Runde Tisch ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, Zivilcourage zu zeigen und solchen Meinungsmachern entgegenzutreten.

Geben sie am 27. September bei der Bundes- und Landtagswahl nicht diesen Parteien ihre Stimme, sondern zeigen sie ihnen die rote Karte. **A. Beckmann, Sprecher des Runden Tisches**



Anke Schwarzenberg, Vorsitzende des Ortsvorstandes Forst DIE LINKE, und Wolfgang Nešković, Mitglied des Bundestages, stellten sich in einer lebhaften Diskussion den Fragen der Teilnehmer.

## Interessante Mitgliederversammlung mit Wolfgang Nešković

Am 16.06.09 war der Direktkandidat unseres Wahlkreises zur Bundestagswahl, Wolfgang Nešković, zu Gast in der Mitgliederversammlung. Er informierte die anwesenden Genossen und Sympathisanten über die Beweggründe, die einen parteilosen Richter aus dem Westen zu einer Kandidatur im äußersten Osten führten.

Schon in diesen ersten Ausführungen spürte man, dass er ein starkes soziales Engagement mitbringt. Danach ging er auf wichtige Schwerpunkte des Wahlkampfes ein.

Wir müssen den Bürgern klarmachen, wie die LINKE in den nächsten vier Jahren arbeiten will. Es gilt Nichtwähler zu erreichen, ihnen zu erklären, wie wir die Finanzkrise überwinden wollen.

Er ging auf die Systemfehler ein, die zu der Finanzkrise führten. Vor der Finanzkrise existierte schon die Gerechtigkeitskrise. Das Kapital dient nicht mehr dem Gemeinwohl, und Arbeit ist nicht mehr Quelle des Volkswohlstandes. Das führt zu sozialer Ungerechtigkeit und muss ins Bewusstsein der Politik gelangen. Gegenwärtige Maßnahmen unserer Regierung, wie z. B. die Abwrackprämie überwinden die Krise nicht, sondern verschieben sie nur.

Hochinteressant war seine Darstellung zum Entstehen der Krise mit Hilfe des bekannten Monopoly-Spieles. Schade, dass nicht noch mehr Zuhörer – und vor allem junge Leute – dieser Argumentation folgen konnten. Ich habe selten ein politisches Thema so toll dargestellt bekommen.

Viele Fragen von Genossen konnten zum Schluss noch beantwortet werden, da sie genau die Punkte betrafen, um die es in Zukunft gehen muss und für die sich Wolfgang Nešković einsetzt. Dazu gehören:

- Belegschaften stärken, Mitbestimmung fördern,
- sozial ökologische Entwicklung fördern,
- Ausweitung von Leistungen im sozialen Bereich,
- keine Privatisierung bei der Daseinsvorsorge,
- geförderter Sektor für Beschäftigung mit Mindestlohn.

Seine Rechtskenntnisse waren vielen Fragestellern eine große Hilfe. Insgesamt war es ein informativer und interessanter Abend.

**H. Neumann, AG-Malxeblatt**

## Gesundheitsforum für die Bürger!

**Die AG Soziales und der Ortsvorstand haben für Freitag, den 04.09.09, ein Gesundheitsforum vorbereitet.**

Eingeladen sind:

- **Herr Herre**, Kassenärztliche Vereinigung,
- **Herr Dr. Jaehn**, Sprecher der Ärzteschaft in Forst,
- **Herr Dr. Matthies**, Leiter des MVZ in Forst und
- **Frau Birgit Wöllert**, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit im Landtag Brandenburg.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir zum einen der Frage nachgehen, ob die gesundheitliche Versorgung in der Stadt auch für die nächsten Jahre gesichert ist, und zum anderen, welche Rahmenbedingungen durch Landespolitik geschaffen werden müssen, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und in schrumpfenden Städten wie Forst auf Dauer zu sichern.

Die Moderation übernimmt unsere Direktkandidatin für die Landtagswahlen, Frau Kerstin Nedoma.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, an diesem Gesundheitsforum teilzunehmen. Gesundheit darf nicht zur Ware werden!

Deshalb nicht vergessen:

**Freitag, 04.09.09, 18.00 Uhr,  
Saal der Förderschule  
am Pestalozzplatz!**

*Ortsvorstand*

## Auf nach Berlin zur Anti-Atom-Demonstration am 5. September 2009

**Am 5. September 2009 findet unter dem Motto »Mal richtig abschalten!« eine bundesweite Anti-Atom-Demonstration in Berlin statt.**

Kurz vor der Bundestagswahl soll dort ein eindrucksvolles Zeichen für den Ausstieg aus der Atomenergie gesetzt werden. Der Geschäftsführende Parteivorstand ruft alle Mitglieder der LINKEN dazu auf, die Demonstration zu unterstützen. Bereits am 30. August 2009 werden sich eine große Zahl von Traktoren aus dem Wendland mit einem Umweg über die Atommülllagerstätten Asse, Schacht Konrad und Morsleben in Richtung Berlin aufmachen.

Weitere Informationen sind zu finden unter <http://www.anti-atom-treck.de/>.

**Newsletter**

**Steinmeiers »voreilig« und »endlich« sind fern jeder Realität**

**SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier warnt vor einer »voreiligen« Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:**

Das Wörtchen »voreilig« ist im Jahr 19 der deutschen Einheit ein Witz. Ebenso Steinmeiers Ankündigung, er wolle »endlich« gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West. Die SPD regiert im Bund inzwischen elf Jahre und hat seither die Ost-West-Differenz fortgeschrieben, selbst bei Mindestlöhnen. Fakt ist: Wer am 3. Oktober 1990 als Bundesbürger geboren wurde, wird noch 2057 am Rentenbescheid ablesen können, ob er Ossi oder Wessi war. Steinmeiers »voreilig« und »endlich« sind daher fern jeder Realität.

*Berlin, den 12. Juli 2009*

**Rente: Nach Deutscher Bank nun auch Union für Rente ab 69?**

Ältere Menschen haben es immer schwerer noch eine Arbeit zu finden. Nur 7,4 Prozent der 63- und 64-Jährigen gehen heute noch einer Beschäftigung nach. Dennoch halten Union, SPD, FDP und Grüne krampfhaft an der Rente ab 67 fest.

Der Deutschen Bank reicht das alles noch nicht. Sie fordert, dass die Menschen künftig sogar bis 69 arbeiten. Unterstützung erhält sie nun von Teilen der Union. So stellte der Vor-

sitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung Josef Schlarmann die Rente ab 69 für das Jahr 2060 in Aussicht. Weitere massive Rentenkürzungen für die Jungen von heute wären die Folge. Volker Schneider, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, bezeichnete ein solches Vorhaben als »Rentendiebstahl«.

Von der Debatte um die Rente ab 69 soll aber wohl vor allem davon abgelenkt werden, dass auch die Rente ab 67 noch verhindert werden kann. Denn im Jahr 2010 muss die Rente ab 67 nach geltendem Recht einer Überprüfung unterzogen werden. DIE LINKE wird sich auch nach der Wahl konsequent dafür eintreten, diese Überprüfungs Klausel ernst zu nehmen und die Rente ab 67 wieder zurückzunehmen.

**DIW und LINKE Seit' an Seit'**

**Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schlägt eine stärkere Besteuerung von Vermögen vor. Dazu erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Dietmar Bartsch am 22. Juli 2009:**

DIE LINKE begrüßt den Vorschlag des DIW. Sozialistischen Ideen ziemlich unverdächtig, fordert das Institut, was in anderen europäischen Staaten längst Normalität ist: die Besteuerung von großen Vermögen.

Gerade in der Krise müssen starke Schultern mehr tragen. Wenn DIW und DIE LINKE ähnliche Vorschläge machen, sollte das für die Bundesregierung Auftrag zum Handeln sein.

DIE LINKE fordert höhere Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne. Wir schlagen eine fünfprozentige Millionärssteuer auf Privatvermögen ab einer Millionen Euro vor.

**PINNWAND**

**Termine**

(jeweils 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle Berliner Str. 22)

- Di., 18.08.: Ortsvorstand
- Di., 25.08.: Fraktionssitzung
- Mo., 31.08.: AG »Malxe-Blatt«
- Di., 08.09.: Fraktionssitzung

**Pleiteadler**

Nachdem uns die Bundesregierung in den Medien ausführlich erklärt hat, warum eine gepflegte Insolvenz besser ist als eine Rettung, verstehen wir auch, was sie eigentlich mit diesem Land macht. **MK**

**Rechtsberatung zu Hartz IV**

RA Michael Elte berät am **24. 8. und 14.09.09**, ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22  
**Terminvereinbarung** telefonisch oder persönlich jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.  
**Beratungsgebühr** zwischen 5 und 10 €.



Aus Eulenspiegel Nr. 7/09

**Ärztliche Schweigepflicht**

Angela Merkel wurde, wie sie selbst erzählte, kurz nach der Wende von einem Amtsarzt »für den Einsatz im Öffentlichen Dienst« als nicht geeignet bewertet. Ihr Blutdruck sei zu hoch gewesen. Mittlerweile ist ihr Blutdruck das geringst Problem.

**FBK**

**Geburtstage**

- 27.08.: 81 Jahre, Gen. Rolaf Schahn
- 28.08.: 89 Jahre, Gen. Walter John
- 29.08.: 85 Jahre, Genn. Hildegard Jentsch
- 29.08.: 80 Jahre, Gen. Martin Noack
- 09.09.: 90 Jahre, Genn. Dora Poschau
- 13.09.: 82 Jahre, Gen. Helmut Mucha
- 14.09.: 69 Jahre, Gen. Horst Meißner

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!*

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
 oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

**Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)**  
**E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)**

**Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.**